Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4564**

17. Wahlperiode 26. 01. 2011

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 17/4402, 17/4561 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Mittlerweile sind sich alle Akteure einig: Militärisch ist der Konflikt in Afghanistan nicht zu lösen." So heißt es in dem im Dezember 2010 von der Bundesregierung veröffentlichten Fortschrittsbericht Afghanistan. Ähnlich äußerte sich der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan anlässlich des NATO-Gipfels im November 2010 gegenüber der Zeitung „DER TAGESSPIEGEL": „Jeder weiß, dass es in Afghanistan keine militärische Lösung geben kann. Der Westen hat sich zu Afghanistan in der Vergangenheit Illusionen hingegeben, […]." Deshalb kommt die Bundesregierung im Fortschrittsbericht Afghanistan zu der Feststellung: „Die stetig wachsende Militärpräsenz hat bisher nicht zu einer signifikanten und nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage geführt."

Trotzdem will die Bundesregierung das ISAF-Mandat und damit die Teilnahme am Krieg in Afghanistan ein weiteres Mal verlängern. Das Mandat leitet keinen Abzug ein, sondern fördert eine Intensivierung der Kampfhandlungen. Nicht einmal die Perspektive eines möglichen (Teil-)Abzugs wird konkretisiert. Die Bundesregierung will mit einem neuen Mandat an dem alten Kurs, an den alten Fehlern festhalten. Die Verlegung von schwerem Kriegsgerät (Panzer und Artillerie) sowie die Planungen für die Verlegung von Tiger-Kampfhubschraubern 2012 zeigen, dass auch in Zukunft in erster Linie auf die militärische Karte gesetzt werden soll. Durch die absehbare Erweiterung des ISAF-Mandats um die militärische Überwachung des afghanischen Luftraums durch AWACS-Flugzeuge ist in den nächsten Monaten zudem noch mit einer personellen Ausweitung des Bundeswehrkontingents zu rechnen.

Damit würde der Afghanistankrieg bald in seine zweite Dekade gehen und länger dauern als die sowjetische Besetzung Afghanistans oder der Vietnamkrieg. Dass die Bundesregierung auch weit über 2014 hinaus in Afghanistan militärisch präsent sein will, wird auch im Fortschrittsbericht hervorgehoben: „In der Phase der Transformation wird die afghanische Regierung die internationale Gemeinschaft und damit möglicherweise Deutschland um die Unterstützung durch Ausbildungskräfte und Schlüsselfähigkeiten der Bundeswehr (allerdings in deutlich geringerer Stärke) auch über 2014 hinaus bitten."

Stattdessen müssen aus der realen Lage in Afghanistan, die auch im Fortschrittsbericht treffend beschrieben wird, gegenteilige Schlüsse gezogen und das ISAF-Mandat endlich gegen einen zivilen Konfliktlösungsansatz ausgetauscht werden. Ähnlich äußert sich auch der Präsident der Internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi, Bischof Heinz Josef Algermissen, in seiner Erklärung zur Verlängerung des Afghanistanmandats: „Es ist unverantwortlich, weiterhin Soldatinnen und Soldaten für einen Einsatz zu mandatieren, von dem alle Beteiligten, Militär und Politik, überzeugt sind, dass dieser Krieg dort nicht gewonnen werden kann. Es dürfen nicht noch mehr Menschen geopfert werden in der Annahme, militärisches Durchhalten könne das Land mit der Zeit so weit stabilisieren, dass alliierte Truppen dann abgezogen werden können. Um im Interesse der afghanischen Bevölkerung Sicherheit zu gewährleisten, sind jetzt nicht Kämpfe, sondern das Ende aller Kampfhandlungen notwendig."

II. Der Deutsche Bundestag stellt weiter fest:

1. Mehr als 10 000 Menschen hat der Krieg in Afghanistan im Jahr 2010 das Leben gekostet, so Informationen der Nachrichtenagentur AFP. Die Vereinten Nationen (VN) gehen allein im Zeitraum von Januar bis Oktober 2010 von mehr als 2 400 getöteten Zivilistinnen und Zivilisten aus – das ist eine Steigerung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zwischen 2004 und 2009 sind nach Angaben des Afghan War Diary 24 155 Menschen bei Kampfhandlungen gestorben und 26 667 verletzt worden. Unter den Toten waren 2 200 Koalitionssoldaten, darunter 45 Bundeswehrsoldaten und drei deutsche Polizisten.

2. Der Krieg kostet derzeit laut Afghanistan Study Group 140 Mrd. US-Dollar pro Jahr (Afghanistan Study Group vom 22. Dezember 2010). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) legt in einer Studie dar, dass sich die tatsächlichen deutschen Kriegskosten bisher auf 18 bis 33 Mrd. Euro belaufen. Sollte Deutschland noch weitere Jahre in Afghanistan bleiben, so würden diese auf 26 bis 47 Mrd. Euro ansteigen, so das DIW. Jedes weitere Jahr würde etwa drei Mrd. Euro kosten.

3. Die bisherige internationale Wiederaufbaustrategie für Afghanistan ist gescheitert. Die mit der Londoner Afghanistankonferenz im Frühjahr 2010 angestrebte Trendwende blieb aus. Manipulierte Wahlen, bis in die Staatsspitze reichende Korruption und der Fehlstart des Re-Integrationsprogramms für Aufständische sind deutliche Belege dafür. Die Unterordnung ziviler Aufbaumaßnahmen unter militärische Erfordernisse steht dem Aufbau demokratischer Strukturen vielfach entgegen.

4. Der Fortschrittsbericht Afghanistan dokumentiert keine wesentliche Verbesserung in wichtigen Lebensbereichen für die Bevölkerung. Wenigen erzielten Verbesserungen im Gesundheitswesen und im Bildungssystem stehen katastrophale Zustände in vielen anderen Bereichen gegenüber. Das betrifft insbesondere die Situation von Flüchtlingen, die Armutsbekämpfung und die allgemeine Versorgung der Bevölkerung. Afghanistan ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt.

5. Der Krieg der NATO in Afghanistan hat das Land nicht stabilisiert – im Gegenteil: Auch die Armut und Perspektivlosigkeit der Menschen in Afghanistan treibt diese Aufständischen in die Arme. Nächtliche Hausdurchsuchungen, gezielte Tötungen, Drohnenangriffe und die hohe Zahl ziviler Opfer schüren zunehmend den Widerstand in der Bevölkerung gegen die NATO-Truppen. Die weitere Destabilisierung der Situation in Pakistan verschärft zusätzlich die Sicherheitslage.

6. Der derzeitige Einsatz der Bundeswehr hat mit der Absicherung des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus in Afghanistan nichts zu tun. Insbesondere im Norden Afghanistans führt die Bundeswehr inzwischen vor allem gemeinsam mit US-Streitkräften und der afghanischen Armee Kampfeinsätze durch. Auch außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs im Regionalkommando Nord trägt die Bundeswehr zu der fatalen Eskalationsstrategie der NATO bei. In den NATO-Planungsstäben beteiligt sich die Bundeswehr an der Planung und Durchführung von offensiven militärischen Operationen, die zu gezielten Tötungen führen.

7. Zwar wird im Fortschrittsbericht eine so genannte Abzugsperspektive für die Bundeswehr aus Afghanistan aufgemacht und die NATO hat die Strategie Transition/Inteqal beschlossen, aber beides deutet nicht auf einen wirklichen Abzug der Truppen hin. Stattdessen sollen auch nach der Übergabe der Sicherheitsverantwortung noch 50 000 NATO-Soldaten im Land bleiben. Nach der bisherigen Strategie in Afghanistan ist davon auszugehen, dass diese über Geheim- und Kommandoaktionen einschließlich so genannter Capture-or-Kill-Einsätze und „gezielter Tötungen“ weiter Einfluss auf die Zukunft Afghanistans ausüben sollen.

8. Als Voraussetzung für den Abzug wird der Aufbau eines umfassenden Sicherheitsapparates genannt, welcher formal der afghanischen Regierung unterstehen soll, aber auf Jahrzehnte nur mit internationaler Hilfe finanziert werden kann. Der Aufbau afghanischer Militär- und Polizeikräfte hat bislang jedoch nicht zur Stabilisierung beigetragen. Polizei- und Streitkräfte Afghanistans werden von der Bevölkerung häufig als Bedrohung wahrgenommen. In der von 28 afghanischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) herausgegebenen Studie „Nowhere to turn. The Failure to Protect Civilians in Afghanistan” werden die massiven Risiken einer eilig betriebenen Ausbildung mit dem Ziel der „Übergabe der Verantwortung“ beschrieben: Zahlreiche Polizisten desertieren, weil sie im Dienste von Warlords und Drogenbaronen mehr Geld verdienen. Es werden massenhaft Menschen bewaffnet, wobei eine Kontrolle darüber, was durch diese Bewaffnung passiert, unmöglich ist. Die NGOs verweisen auf das große Missbrauchsrisiko, dass insbesondere durch die schnelle, unsolide Ausbildung der Rekruten von Polizei und Militär entsteht. Sie sehen in dieser Ausbildung eher eine Verunsicherung als eine Sicherung.

9. Das Ansehen Deutschlands und seiner Truppen in Afghanistan ist erheblich gesunken. Zu diesem Trend trägt auch bei, dass sich Deutschland bisher weder bei den Angehörigen der Opfer der Bombardierung des Tanklastzuges in Kundus am 4. September 2009, bei dem mindestens 113 Zivilisten getötet wurden, noch bei den anderen zivilen Opfern der Bundeswehreinsätze entschuldigt hat. Sie wurden auch nicht annähernd hinreichend entschädigt. Deutschland erscheint inzwischen vielen Menschen in Afghanistan als Unterstützer einer korrupten Regierung, krimineller Warlords und einflussreicher Drogenkartelle.

10. Die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan hat bereits jetzt die deutsche Gesellschaft und den deutschen Staat verändert: Als kriegführende Nation, die so auch ins Visier des internationalen Terrorismus geraten ist, werden Elemente des Feindstrafrechts diskutiert, Bürger- und Menschenrechte

zugunsten der „Bekämpfung des Terrorismus“ eingeschränkt, die im Grundgesetz verankerte Trennung zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Militär ausgehöhlt und die Tötung von unschuldigen Zivilisten als „militärisch gerechtfertigt“ angesehen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen;
2. dem Bundestag umgehend einen Abzugsplan vorzulegen;
3. die Angehörigen der Bundespolizei und der Polizeien der Länder unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen und die Beteiligung an der Mission EUPOL Afghanistan und die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen des German Police Project Team (GPPT) einzustellen;
4. die NATO darüber zu unterrichten, dass Deutschland sich am ISAF-Einsatz nicht mehr beteiligen und innerhalb der NATO eine Beendigung des Einsatzes betreiben wird;
5. sich im VN-Sicherheitsrat dafür einzusetzen, dass es kein weiteres ISAF-Mandat mehr geben wird und
6. die Bemühungen für den innerafghanischen Friedens- und Aussöhnungsprozess und die Selbstbestimmung und Entwicklung Afghanistans mit zivilen Instrumenten zu unterstützen und eine Initiative für vertrauensbildende Maßnahmen in der Region unter Einbeziehung aller Anrainerstaaten zu unternehmen.

Berlin, den 25. Januar 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333